

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 28. November 1979

am Donnerstag, dem 29. November 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	18, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	2, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	9, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	11, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	12, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	15, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	17, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	17, 35 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2, 36 *)

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß deutsche Reisende in Österreich, wenn sie in Hotels bestohlen werden, nicht durch volle Haftung des Hotels gesichert sind, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu erreichen, daß solche Reisende in den Genuß der gleichen Haftungsbestimmungen kommen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland gelten?
2. Abgeordnete
Frau Dr. Däubler-Gmelin
(SPD) Ist der Bundesregierung die Auffassung des Bundesgerichtshofs in dessen Urteil vom 25. Juni 1979 — 3 StrR 182 (s) — bekannt, nach dem das Anbieten vor 1949 gedruckter, unveränderter Nazikampfschriften wie Hitler's „Mein Kampf“, entgegen der Auffassung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages nicht durch §§ 86, 86 a StGB erfaßt werde, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Rechtsprechung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Ist die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage A 44 (Drucksache 8/3310) so zu verstehen, daß die Bundesregierung beabsichtigt, künftig — im Gegensatz zu bisher — Personen, die während der NS-Zeit auf Grund einer Gerichtsentscheidung zwangssterilisiert worden sind, eine über die bisherigen gesetzlichen Leistungen hinausgehende Entschädigung zu zahlen, und wie hoch berechnet die Bundesregierung den dazu erforderlichen finanziellen Aufwand?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

4. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Trifft es zu, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt den Erwerb von Oberbauerhaltungs- und -erneuerungsmaschinen seitens der jordanischen Staatsbahnen mit deutschen Krediten finanziert hat, diese Maschinen jedoch trotz Angebots qualifizierter deutscher Firmen von französischen Konkurrenten geliefert wurden, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit und in der Lage, dafür zu sorgen, daß deutsche Kredite nur gegeben werden, wenn sichergestellt ist, daß auch deutsche Anbieter die Aufträge bekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

5. Abgeordneter
Haase
(Kassel)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den Bericht, mit dem die Treuarbeit am 14. Juli 1978 zum Bürgerschaftsantrag der Firma Beton- und Monierbau AG Stellung genommen hat, nicht nur in einer kurzen inhaltlichen Zusammenfassung, sondern auch dem Wortlaut nach bekanntzugeben, und wie lautet gegebenenfalls dieser Bericht bzw. (falls er zu umfangreich ist) ist die Bundesregierung bereit, den Text des Berichts dem Fragesteller zur Verfügung zu stellen?

6. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU)
- Warum gab sich die Bundesregierung bei der Bürgschaft zugunsten der Firma Beton- und Monierbau AG mit einer Stellungnahme der Treuarbeit zufrieden, die auf einem mehrere Monate alten, Anfang 1978 für die Gewährung der Landesbürgschaft erstellten Gutachten beruhte, wenn schon allein aus der Tatsache des erneuten Bürgschaftsantrages, diesmal an den Bund, hätte erkannt werden müssen, daß entweder die alte Lagebeurteilung nicht richtig oder eine zwischenzeitliche Verschlechterung der Lage des Unternehmens eingetreten war?
7. Abgeordneter
Windelen
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß der Bundeswirtschaftsminister am 7. Februar 1979 an alle Landeswirtschaftsminister ein Schreiben gerichtet hat, wonach Bürgschaften grundsätzlich nur dann gewährt werden sollten, wenn eine mindestens 4-wöchige Bearbeitungsfrist ab Bürgerschaftsantrag eingehalten worden ist?
8. Abgeordneter
Windelen
(CDU/CSU)
- Gibt es entsprechende frühere schriftliche Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers oder gab es bei früheren Bürgschaftsfällen des Bundes eine entsprechende Praxis, und warum wurde gegebenenfalls eine solche bei der Bearbeitung des Bürgschaftsantrages der Firma Beton- und Monierbau AG nicht eingehalten?
9. Abgeordneter
Carstens
(Emstek)
(CDU/CSU)
- Sind angesichts der Tatsache, daß am 13. Juli 1978 der Zusammenbruch der Firma nach Erklärung des Bundesfinanzministeriums „unmittelbar drohte“ und die Treuarbeit zu dem Bürgschaftsantrag nicht bestätigen könne, „daß mit dem zu verbürgenden Betriebsmittelkredit und der Kapitalerhöhung das Unternehmen nachhaltig saniert sei“, bei den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung keine Zweifel aufgetaucht, ob die Bürgschaftsübernahme nach der Vorläufigen VV-BHO zu § 39 Nr. 5 BHO vertretbar sei, und weshalb wurden angesichts dieser Tatsache nicht der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages oder zumindest dessen Obleute unverzüglich über die Bürgschaftserteilung zugunsten der Beton- und Monierbau AG unterrichtet?
10. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Wie ist die Bemerkung des Vertreters der Bundesregierung in der Fragestunde am 17. Oktober 1979 (Stenographischer Bericht, S. 14113 A) zu verstehen, der zuständige Ausschuß des Landtages Nordrhein-Westfalen habe die Beteiligung des Landes an der Bürgschaftsaktion zugunsten der BuM von Juli/August 1978 am 8. September 1979 mit einer „dort dann vorhandenen anderen Informationslage“ abgelehnt, insbesondere welche zusätzlichen Informationen lagen dem Ausschuß des Landtages in diesem Zeitpunkt vor, die der Bundesregierung vor Gewährung der Bürgschaft noch nicht bekannt waren?
11. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Welche Prüfung durch die Treuarbeit oder sonstige vom Bund beauftragte Stellen über die Liquiditäts-Ertrags- und/oder Vermögenslage der Beton- und Monierbau AG erfolgten in der Zeit zwischen der schriftlichen Bürgschaftszusage am 14. Juli 1978 und der Bürgschaftsübernahme des Bundes zugunsten der Beton- und Monierbau AG am 3. August 1978, und wie war das Ergebnis?

12. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Welche Gesichtspunkte waren dafür maßgeblich, daß gemäß Erklärungen des Bundesfinanzministers die Bürgschaft zugunsten der BuM, die am 13. Juli 1978 mündlich im Grundsatz und am 14. Juli 1978 schriftlich zugesagt wurde, am 3. August 1979 rechtswirksam gewährt wurde, obwohl die Voraussetzungen, unter denen die Bürgschaftszusagen am 13./14. Juli 1978 erfolgte (Rückbürgschaft des Landes gegenüber dem Bund von bis zu 50 v. H.), zwischenzeitlich durch die Erklärungen des Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen am 27. Juli 1979, das Land könne lediglich eine Rückbürgschaft von 20 v. H. vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages übernehmen, entfallen war, oder war die Bürgschaft am 13. oder 14. Juli 1978 bereits verbindlich und vorbehaltlos zugesagt worden, so daß eine Ablehnung jetzt nicht mehr möglich war?
13. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU)
- Stimmt der in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 11. Oktober 1979 wiedergegebene Inhalt des Protokolls der Aufsichtsratssitzung der BuM vom 12. Juli 1978 hinsichtlich der Äußerungen der Herren Grothgar, Postma, Mommsen und Eckholdt zur Zahlungsunfähigkeit der Beton- und Monierbau AG, und wann wurden diese Feststellungen des Aufsichtsrates wörtlich oder inhaltlich einem Mitglied der Bundesregierung oder einem Angehörigen der zuständigen Ministerien erstmals bekannt?
14. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß laut Angabe des Vorstandmitgliedes Grothgar von der Westdeutschen Landesbank (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. November 1979) bereits im Februar Schwierigkeiten der BuM in Nigeria bekannt waren, auf Grund deren damals die endgültige Verabschiedung der Landesbürgschaft vorübergehend gestoppt wurde, und wie ist es gegebenenfalls zu erklären, daß angesichts dieser Sachlage der am 13. Juli 1978 mündlich gestellte Bürgschaftsantrag für die Bundesregierung plötzlich und unerwartet kam?
15. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Auslandsbaustellen der BuM, auch in Nigeria, durch einen „amerikanischen Sachverständigen“ im Auftrag der Kreditinstitute mit dem Ergebnis überprüft wurden, daß die Ertragslage hier eindeutig positiv sei (Hinweis auf Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. November 1979), und um welchen Sachverständigen hat es sich dabei gehandelt?
16. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß zugunsten der BuM öffentliche Liquiditätsbürgschaften von 120 Millionen DM (70 Millionen DM Land, 50 Millionen DM Bund) in einem Zeitpunkt gegeben wurden, in dem das Grundkapital der Gesellschaft nur rund 25 Millionen DM betrug, also nur 1/5 des Bürgschaftsvolumens?
17. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Muß die Bundesregierung, sofern in gleichgelagerten Fällen wie bei der Bürgschaftsgewährung zugunsten der BuM verfahren wird, nicht fast jedem Unternehmen eine Bundesbürgschaft zur Überwindung von Liquiditätsschwierigkeiten ohne detaillierte Prüfung durch die Treuarbeit oder ein anderes Wirtschaftsprüfungsunternehmen gewähren, wenn nur glaubhaft genug dargetan werden kann, daß

- wegen dieser Liquiditätsschwierigkeiten bei einem Zuwarten bis zu einer gründlichen Prüfung Zahlungseinstellung, Vergleich oder Konkurs zu erwarten ist, oder mit welcher Begründung will die Bundesregierung in entsprechend gelagerten Fällen, in denen eine gründliche Überprüfung durch die Treuarbeit wegen außerordentlichen Zeitdrucks aus Gründen sonst zwangsläufiger Zahlungseinstellung nicht möglich ist, unter Berücksichtigung des Gleichheitsgebotes des Grundgesetzes Bürgschaftsanträge ablehnen?
18. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, künftig Bundesbürgschaften zur Behebung von Liquiditätsschwierigkeiten, die ohne sofortige Bürgschaftszusage einen unmittelbar drohenden Firmenzusammenbruch erwarten lassen, nicht nur zugunsten von Großunternehmen, sondern auch zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen zu gewähren?
19. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Bewerber mit Abschlüssen weiterführender Schulen, z. B. einer Handelsschule, manchmal deswegen keine Lehrstelle bekommen, weil sie auf Grund ihres qualifizierten Abschlusses Anspruch auf eine verkürzte Lehrzeit haben, die Ausbildungsstellen jedoch auf Grund des Ausbildungsprogramms den erfolgreichen Abschluß einer Lehre in verkürzter Zeit für unmöglich halten, und hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, wie diesem Mißstand abgeholfen werden könnte?
20. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß in letzter Zeit erhebliche Textilmengen aus Ländern, deren Lieferquoten nach dem Welttextilabkommen erschöpft sind, mit Hilfe gefälschter Ursprungszeugnisse — sogenannte Umgehungseinfuhren — in die Europäische Gemeinschaft gekommen sind, und kann die Bundesregierung Schätzungen des Gesamtverbandes der Deutschen Maschenindustrie bestätigen, wonach der deutschen Textilindustrie im bisherigen Verlauf dieses Jahrs wegen solcher Umgehungseinfuhren ein Umsatzausfall von rund 100 Millionen DM entstanden ist?
21. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung auf Gemeinschaftsebene unternommen, um solche Praktiken — die das Welttextilabkommen unterlaufen — zu verhindern?
22. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU) Ist auch die Bundesregierung wie — der Urteilsbegründung zum sogenannten Textil-Schmuggel-Prozeß zufolge — das Landgericht Hof der Auffassung, daß in den zuständigen volkseigenen Betrieben nicht unbedeutende Stellen, sondern solche in „höheren Etagen“ beteiligt gewesen seien, und daß die erwiesene Mitwirkung der DDR an den illegalen Einfuhren gegen die Grundsätze des innerdeutschen Handels verstoßen habe?
23. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden des Hofer Textil-Schmuggels aus Niedriglohn-Ländern über die DDR getan, etwa durch eine Präzisierung der Ursprungsregelung, um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern, und hat sie insbesondere und mit welchem Ergebnis mit der DDR-Regierung Gespräche zu diesem Zweck geführt?

24. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, nach den positiven Erfahrungen mit Innovations-Beratungsstellen innerhalb von Oberzentren nun auch Modellvorhaben in Mittelzentren der schwächer strukturierten Räume durchzuführen, weil in diesen Räumen vor allem mittelständische Betriebe angesiedelt sind, die nach neueren Untersuchungen mit zunehmendem Grad ihrer peripheren Lage erhebliche Defizite bei der Anwendung und Erprobung neuer Verfahrenstechniken aufweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

25. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Hinweise des Deutschen Verbraucherschutzverbandes auf die gefährlich hohe Konzentration von Chrom in angeblich naturreinem Handelsdünger, und wird sie der Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht und nach Herabsetzung des höchstzulässigen Chromgehaltes von Dünger auf 0,25 Promille nachkommen?
26. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik des Deutschen Verbraucherschutzverbandes und der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher an der Billigbutter-Aktion wegen der hohen Kosten und geringen Vorteile, und wird sie die Forderung nach einer Preissenkung für Frischbutter im Interesse der Verbraucher bei ihren agrarpolitischen Beschlüssen berücksichtigen?
27. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Welche Initiative hat die Bundesregierung ergriffen oder gedenkt sie zu ergreifen, um den Ankauf von gestohlenen Hunden und Katzen durch Tierversuchsanstalten zu unterbinden bzw. strafbar zu machen?
28. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die in den Bundesländern für Wissenschaft und Forschung zuständigen Minister bitten, die ihrem Einfluß unterliegenden Einrichtungen aufzufordern, Versuchstiere, soweit sie benötigt werden, nur noch aus kontrollierten Aufzuchtanstalten zu beziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

29. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Richtlinien für die Beurteilung der Zuverlässigkeit des verantwortlichen Schichtpersonals von Kernkraftwerken in psychischer und physischer Hinsicht zu erlassen (Pressemeldung der „Welt“ vom 6. November d. J.), und falls ja, in welcher Weise ist sichergestellt, daß durch solche Richtlinien die Rechte des Betriebsrats der betroffenen Unternehmen nicht eingeschränkt werden?
30. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesinnenministerium die Zusammenarbeit des Instituts für Reaktorsicherheit beim TÜV Rheinland in Köln mit der südafrikanischen Energiebehörde ESCOM bei der Standortwahl, beim Bau und bei der Beurteilung von Sicherheitsfragen der von Frankreich in die Republik Südafrika gelieferten Atomreaktoren gefördert hat bzw. fördert?

31. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, ihre Erklärungen, es gebe keine atomare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zu korrigieren?
32. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderungen ehemals und noch aktiver Spitzensportler (s. Sport-Informations-Dienst vom 8. November 1979), Sportfördermittel des Bundes nur noch an solche Verbände zu geben, in denen Mitbestimmung der Aktiven gewährleistet ist, und hielte sie eine derartige Vergabepraxis für vereinbar mit dem Grundsatz der Subsidiarität und der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten der freien Sportorganisationen?
33. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU)
- Hat das Bundesamt für Verfassungsschutz, vertreten durch seinen damaligen Präsidenten Günther Nollau, den Ermittlungsbehörden und dem zuständigen Gericht Akten vorenthalten, die bereits 1973 zur Entlastung der mutmaßlichen Terroristin Astrid Proll in einer Frankfurter Anklage wegen versuchten Mordes geführt haben könnten?
34. Abgeordnete
Frau Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit im Zusammenhang mit den derzeit stark steigenden Zahlen neonazistischer Aktivitäten, Gesetzesinitiativen zu ergreifen, den ungehinderten Verkauf solcher Propagandaschriften bzw. die ungehinderte Zugänglichkeit solcher Schriften im Wege der Ausleihe durch Büchereien zu unterbinden bzw. zu erschweren?
35. Abgeordneter
Flämig
(SPD)
- Erwägt die Bundesregierung, nachdem sie in ihrem jüngsten Bericht über die Umweltradioaktivität darauf hinweist, daß die Bevölkerung im wesentlichen durch die medizinische Anwendung ionisierender Strahlen und radioaktiver Stoffe künstlichen Strahlen ausgesetzt sei, die Einführung eines Strahlenpasses, in dem alle künstlichen Strahlenexpositionen bei Berufstätigkeit, Besuchen in Kernanlagen oder bei strahlenmedizinischen Behandlungen eingetragen werden?
36. Abgeordneter
Flämig
(SPD)
- Würde nach Auffassung der Bundesregierung die Einführung eines Strahlenpasses dazu beitragen, breiten Bevölkerungskreisen die Problematik der Belastung durch künstliche radioaktive Strahlung bewußt zu machen und gleichzeitig verhindern zu helfen, daß einzelne Bürger einer höheren Strahlendosis pro Jahr ausgesetzt werden, als nach der Strahlenschutzverordnung zulässig ist?
37. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Inwieweit hat das Bundesinnenministerium das Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ausgewertet, und welche politischen Konsequenzen sind daraus gezogen worden?
38. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Haben nach Kenntnis der Bundesregierung staatliche Sicherheitsdienste oder einzelne Bundesbeamte dem Springer-Konzern beim Abhören des Schriftstellers Wallraff „Amtshilfe“ geleistet?

39. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Bericht der Zeitschrift Neue Revue vom 10. November 1979 zutrifft, wonach ein Großteil der auf deutschen Flughäfen verwendeten Geräte zur Durchleuchtung von Handgepäck untauglich ist, um Handwaffen wie z. B. Revolver aufzuspüren?
40. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um die damit aufgedeckte Lücke in den Sicherheitskontrollen des Flugverkehrs und insbesondere der Lufthansa zu schließen?
41. Abgeordneter
Wittmann
(Straubing)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Umstände der am 11. Oktober 1978 durch bayerische Behörden veranlaßte Abschiebung zweier CSSR-Flüchtlinge in die CSSR sowohl einen Verstoß gegen ein einschlägiges Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, gegen einen Beschluß der Innenministerkonferenz als auch eine Verletzung des Ausländerrechts darstellt, da bei der Entscheidung der bayerischen Behörden das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf überhaupt nicht eingeschaltet worden ist?
42. Abgeordneter
Wittmann
(Straubing)
(SPD)
- Hat es neben den bekanntgewordenen Fällen weitere Abschiebungen gegeben, und welche Möglichkeiten bestehen nach Ansicht der Bundesregierung, künftig sicherzustellen, daß sich ähnliche Fälle in unserem Lande nicht wiederholen?
43. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Hat die Bundesregierung davon Kenntnis, daß neben den jetzt bekanntgewordenen Fällen aus der Praxis der Bayerischen Landesregierung weitere Asylsuchende in der Vergangenheit abgeschoben worden sind, und sieht die Bundesregierung diese Abschiebungen als rechtswidrig an?
44. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, rechtswidrig handelnde Landesregierungen zur Einhaltung von Recht und Gesetz zu zwingen?
45. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wieviel Fällen bayerische Behörden asylsuchende Flüchtlinge zurückgewiesen haben bzw. wie viele solche Vorfälle sind dem Bundesinnenministerium bisher bekanntgeworden?
46. Abgeordneter
Marschall
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht des bayerischen Innenministeriums, die Auslieferung der Flüchtlinge Cernak und Zilka an die CSSR durch bayerische Behörden sei rechtlich nicht zu beanstanden?
47. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die in der letzten Zeit in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg bekanntgewordenen Abschiebungen von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden bekanntgewesen und wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß sich auch diese Länder künftig an die im Bundesgebiet geltenden und durch das Bundesverwaltungsgericht gesicherten Rechte für Asylsuchende halten werden, falls die Überprüfung der Abschiebungen ergibt, daß sie rechtswidrig waren?

48. Abgeordnete
**Frau
Hürland**
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung darüber informiert, daß Tierhändler Raubtiere und Giftschlangen an Privatpersonen verkaufen und diese Tiere in privaten Haushalten oft unsachgemäß unterhalten werden und sie damit besonders in dicht besiedelten Gebieten eine immer größere Gefahr für Leib und Leben nicht nur der Tierhalter, sondern auch der übrigen Bevölkerung werden; wenn ja, welche gesetzlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, diese akute Gefahr zu beseitigen?
49. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob Presseberichte zutreffen, nach denen sich Lagerstätten für chemische Kampfstoffe im 2. Weltkrieg auch in Mölln (Kreis Herzogtum Lauenburg) befunden haben sollen?
50. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Schritte sind nach Kenntnis der Bundesregierung bisher von Behörden unternommen worden, um die mutmaßliche Lagerstätte für chemische Kampfstoffe in Mölln zu untersuchen und die Kampfstoffe gegebenenfalls zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

51. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Hat die Bundesregierung geprüft, ob durch die Einführung eines Gesundheits- und Belastungspasses für alle Arbeitnehmer, die in gesundheitsgefährdenden Bereichen tätig sind, Erkrankungen durch Vorbeugemaßnahmen eher verhindert bzw. ihre Ursachen leichter festgestellt werden könnten, und strebt sie die Einführung eines solchen Gesundheits- und Belastungspasses durch Gesetz oder Verordnung an?
52. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung die Mittel aus dem Ausgleichsfonds des Schwerbehindertengesetzes weiterhin ihrer Bestimmung nicht zuführen, sondern weiterhin ansammeln, bis das Verfahren zur Verfassungsmäßigkeit der Ausgleichsabgabe endgültig abgeschlossen ist?
53. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) In welchen Fällen können Beschäftigungsstellen im Zivildienst auch ohne dienstliche Unterkunft anerkannt werden, und wie erklärt die Bundesregierung die über diese Frage bezüglich der Schule für Geistigbehinderte der Stadt Leverkusen vom Bundesbeauftragten für den Zivildienst gegebenen unterschiedlichen Auskünfte?
54. Abgeordneter
**Brandt
(Grolsheim)**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Betriebe die Einrichtung von Ruheräumen für werdende oder stillende Mütter gemäß § 2 Abs. 4 Mutterschutzgesetz mit der Begründung verweigern, hierzu nicht verpflichtet zu sein, da eine entsprechende Rechtsverordnung des Bundesarbeitsministers nicht existiere?
55. Abgeordneter
**Brandt
(Grolsheim)**
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls eine solche Rechtsverordnung zu erlassen, und wann ist damit zu rechnen?

56. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es bei der Zielsetzung des heutigen Schwerbehindertengesetzes für gerechtfertigt, daß bei Pflegegeldleistungen von zivilen Schwerstbehinderten ein Einkommensnachweis verlangt wird, für gleiche Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz und der Blindenhilfe aber nicht, und wenn nein, ist sie in der Lage, und bereit, die unterschiedliche Rechtslage anzupassen?
57. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei vielen Sozialhilfeempfängerfamilien mit Kindern eine Anhebung der Regelsätze oder eine Erhöhung des Kindergeldes sich nicht wesentlich auswirkt, weil das Kindergeld auf die Sozialhilfe angerechnet wird?
58. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, um durch Anweisung, Änderung von Vorschriften oder gesetzlichen Bestimmungen sicherzustellen, daß eine Organisation wie die Frankfurter „Ruf die Engel“ ihre segensreiche Tätigkeit nicht für immer einstellen muß, sondern in Frankfurt und darüber hinaus die Arbeit wieder aufnehmen kann, um weiterhin Kranke zu Hause pflegen, unheilbar Kranke zu Hause betreuen, Gebrechlichen beim Einkauf und bei der Haushaltsführung zur Hand gehen zu können und Eltern als Babysitter dienen zu können?
59. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Fortführung der Tätigkeit einer solchen auf humanitäre Ziele ausgerichteten Organisation sowohl aus arbeitsmarktpolitischer wie aber auch aus sozialer Sicht wünschenswert ist, insbesondere solange die Arbeitsverwaltung nicht in der Lage ist, denen Hilfe zuteil werden zu lassen, für die die Organisation „Ruf die Engel“ bisher segensreich tätig sein konnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

60. Abgeordneter
Dr. Stark
(Nürtingen)
(CDU/CSU)
- Ist es zulässig, daß ein Wehrpflichtiger nach Beendigung seiner Wehrdienstzeit am 30. September 1979 und anschließender Aufnahme eines Studiums an einer Universität bereits für den Monat November wieder zu einer Wehrübung eingezogen wird?
61. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung — unter Bezugnahme auf ihre Antwort auf meine Anfragen A 4 und 5 (Drucksache 8/2339) — auf Grund der erneuten Ankündigung des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz in Verbindung mit der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigung der Kriegsgegner, der nach Pressemeldungen eine Arbeitsgruppe mit Recherchen für eine Lagekarte über die NATO-Lager für atomare Sprengkörper in der Bundesrepublik Deutschland beauftragt hat, zu ergreifen, um bereits dem Versuch des Auskundschaftens von Staatsgeheimnissen entgegenzuwirken?

62. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß berechnete Versetzungsgesuche zukünftig im Sinne des Antragstellers entschieden werden, wenn dadurch nicht nur für den Soldaten Abhilfe geschaffen wird, sondern damit gleichzeitig am gewünschten heimatnahen Standort — unabhängig von den Notwendigkeiten im Stammtruppenteil — eine Personallücke geschlossen werden kann?
63. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die Bestimmungen über die politische Betätigung von Soldaten insofern einer Ergänzung bedürfen, daß Wehrpflichtige, die einer kommunalen Vertretungskörperschaft angehören, grundsätzlich in Heimatnähe einzuberufen sind, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, den einschlägigen Erlass entsprechend zu ergänzen?
64. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) In wieviel Fällen wurden in den Jahren 1976 bis 1978 beim Kreiswehersatzamt Würzburg Anträgen auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer stattgegeben, und in wieviel Fällen wurden diese Anträge abgelehnt?
65. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Wie lauten diese Zahlen für das gesamte Bundesgebiet?
66. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Welche Anstrengungen unternimmt der Bundesverteidigungsminister, um mehr weibliche Auszubildende beschäftigen zu können?
67. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Soldaten der FlaRak-Bataillone der Deutschen Bundeswehr wöchentlich 78 Stunden arbeiten, und hat sie angesichts dieser enormen physischen und psychischen Belastung der Soldaten schon einmal eine medizinische Untersuchung veranlaßt, und sind ihr die Folgen für das Privatleben dieser Soldaten bekannt?
68. Abgeordnete
Frau Krone-Appuhn
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung zur Entlastung der Soldaten der FlaRak-Bataillone eine 4. Kampfbesatzung für die FlaRak-Batterien installieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

69. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei einer Gesetzesnovelle eine Regelung vorzusehen, nach der die gemäß § 19 ZHG zur Ausübung der Zahnheilkunde berechtigten und nach dem Gesetz vom 27. April 1970 zu den gesetzlichen Krankenkassen zugelassenen Dentisten die Bestellung als Zahnarzt erhalten können?
70. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Wenn nein, welche Hinderungsgründe sieht die Bundesregierung?

71. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Welche Beobachtungen über Jugendfreizeiten für Jugendliche aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR und in der Volksrepublik Polen während der Ferienmonate 1979 im Vergleich zu früheren Jahren und über die Organisation und das Programm derartiger Ferienangebote hat die Bundesregierung machen können?
72. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, daß der Bierkonsum nicht zuletzt dadurch für junge Menschen beim Besuch von Gaststätten und insbesondere Diskotheken attraktiv bleibt, daß der Preis für alkoholfreie Getränke wie Mineralwasser, Cola, Limo oder Fruchtsäfte um bis zu 30 % teurer ist, und was kann sie gegebenenfalls dagegen unternehmen?
73. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, kinderreichen Familien mit besonders ungünstigen Wohnverhältnissen auf Antrag eine teilweise Kapitalisierung des Kindergeldes einzuräumen und dadurch einen Beitrag zu leisten, daß sich diese Familien eigenen Wohnraum schaffen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

74. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Wie haben die Länder bisher auf das Angebot der Bundesregierung reagiert, Koordinierungshilfe bei der Schaffung eines geschlossenen Radwegnetzes zu leisten?
75. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Denkt die Bundesregierung bei den Folgerungen, die sie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf der Bundeswasserstraße Unterelbe anlässlich der Kollision eines Tankschiffs am 8. Oktober 1979 bei Stade ziehen will, auch an erhöhte Anforderungen wegen der Radarausrüstung für Schiffe, die gefährliche Güter befördern, und denkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang an eine Einschränkung des betreffenden Schiffsverkehrs bei schwierigen Witterungsverhältnissen wie dichtem Nebel und Sturmflut?
76. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die von den belgischen Staatsbahnen überlegte Möglichkeit, auf der Strecke Antwerpen-Weert-Roermond-Mönchengladbach (Eisener Rhein) Intercity-Züge einzusetzen, und welche grundsätzliche Haltung wird die Deutsche Bundesbahn bei dem bevorstehenden Gespräch der Eisenbahnen von Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage einnehmen?

77. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den Begriff „seeferne Trasse“ der von ihr für die Linienführung der A 98 gefunden worden ist, zu präjudizieren bzw. die Seeferne auf die bisher übliche Trassenführung, speziell im Überlinger Raum, zu reduzieren?
78. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in Übereinstimmung mit dem Land Baden-Württemberg und den Grundsätzen, die 1975 zum Linienverfahren geführt haben, vor endgültiger Verabschiedung des Bundesfernstraßenplans eine Einigung über die mögliche Trasse zu erzielen?
79. Abgeordnete
Frau Erler
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, mit Frankreich und gegebenenfalls anderen europäischen Ländern Abkommen auf Gegenseitigkeit zu schließen, wonach die Freifahr- und anderen Vergünstigungen, die Schwerbehinderten im Eisenbahnreiseverkehr eingeräumt werden, auch in Nachbarländern gelten?
80. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Wie lange wird die Bundesregierung noch benötigen, um gegebenenfalls eine Vereinbarung mit der Deutschen Bundesbahn darüber herbeizuführen, daß alle Schwerbehinderten am Nahverkehr kostenfrei teilnehmen können?
81. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Personen seit Inkrafttreten der Kostenfreiheit für Schwerbehinderte im Nahverkehr wegen des Fehlens einer solchen Vereinbarung von der Kostenbefreiung nicht Gebrauch machen konnten?
82. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Bekämpfung von Ölschäden an den Ufern seiner Großschiffahrtswege finanziert der Bund, und gehört zu den Bekämpfungsvorhaben auch eine entsprechende Ausrüstung der Mineralöl befördernden Schiffe selbst?
83. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) War dem Bundesverkehrsminister bei der Formulierung des betreffenden Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung Schwerbeschädigter im öffentlichen Personenverkehr klar, daß es im Netz der Deutschen Bundesbahn Bereiche gibt, in dem nur wenige Nahverkehrszüge oder nur Eilzüge (Regionales Eilzugsystem) verkehren?
84. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Wenn ja, warum hat das Bundesverkehrsministerium dann nicht sichergestellt, daß gleichzeitig mit Inkrafttreten des Gesetzes die Kostenfreiheit auch in diesen Bereichen gewährt wird, oder war es Absicht des Bundesverkehrsministeriums, daß diese Bereiche von der Regelung ausgenommen werden?
85. Abgeordnete
Frau Pack
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die für Schwerbehinderte im Nahverkehr wegen des Fehlens einer Vereinbarung zur Benutzung z. B. von Eilzügen entstandenen Kosten?

86. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Ist angesichts der Tatsache, daß viele an den Rollstuhl gebundene Schwerbehinderte von der gesetzlichen Neuregelung über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter deswegen nicht Gebrauch machen können, weil sie mit ihren Rollstühlen teilweise öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen können, die Bundesregierung bereit, eine Novellierung des Gesetzes in der Form vorzunehmen, daß die Nahbereichsfahrten mit den Spezialfahrzeugen der Rettungsdienste bundeseinheitlich in das Gesetz über die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten mit aufgenommen werden?
87. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung in Abstimmung mit den Ländern dagegen zu unternehmen, daß für die an den Rollstuhl gebundenen Schwerbehinderten innerhalb des Bundesgebiets völlig unterschiedliche Regelungen der Bezuschußung und der Kostenerstattung für Fahrten im Nahverkehr mit notwendigen Spezialfahrzeugen der Rettungsdienste bestehen?
88. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Beschwerden bekannt, wonach die Deutsche Bundesbahn während der laufenden Zuckerrüben-Kampagne im südniedersächsischen Raum bei der Bedienung der Zuckerrübenfabriken sich durch Unpünktlichkeit, den Einsatz veralteter Waggonen und besonders hohe Kosten bei starren Tarifen und der Ablehnung des Güternahverkehrs „auszeichnet“, und was soll gegen diesen Mißstand gegebenenfalls unternommen werden?
89. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Erfahrungen im Hinblick auf die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch die sogenannte „Sicherheitskelle“ für Fahrräder und Mofas liegen bisher vor, und empfiehlt die Bundesregierung die allgemeine Ausstattung der genannten Fahrzeuge mit solchen „Sicherheitskellen“?
90. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Deutsche Bundespost, ihr Angebot an Serviceleistungen, die üblicherweise von der Privatwirtschaft erbracht werden, wie z. B. den Verkauf von Verpackungsmaterial (Packsets) oder Bankgeschäfte, weiter auszudehnen, z. B. auf Kopierdienste, wie es jüngsten Presseberichten zu entnehmen war?
91. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU)
- Besteht angesichts dieses „Einstiegs in die Privatwirtschaft“ nicht die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen (Ladenschlußgesetz), da die Deutsche Bundespost in großen Ämtern einen Tag- und Nachtservice unterhält?
92. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Zweckmäßigkeit und Rentabilität des Nachtluftpostverkehrs, nachdem 1978 das Luftpostaufkommen erneut um 14,8 % zurückgegangen ist?
93. Abgeordneter
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, angesichts des hohen Treibstoffverbrauchs im Luftverkehr darauf hinzuwirken, daß das Nachtluftpostnetz eingestellt und die Beförderung der am Spätnachmittag angelieferten Briefpost der Bundesbahn übergeben wird?

- | | |
|--|---|
| 94. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die unterschiedliche Handhabung der Bundespost bei der Gewährung von Hausarbeitstagen für Beamtinnen, Angestellte und Lohnempfängerinnen zu beseitigen und eine einheitliche Regelung für alle Mitarbeiterinnen der Bundespost zu schaffen? |
| 95. Abgeordneter
Coppik
(SPD) | Lassen die technischen Einrichtungen der Bundespost die seitens der Springer-Presse behauptete Möglichkeit zu, daß man beim Wählen einer Telefonnummer versehentlich dergestalt in die Leitung eines anderen Teilnehmers geraten kann, daß man dessen Gespräche über lange Zeiträume mithört? |
| 96. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung gekommen bei der Prüfung der Forderung der Postbediensteten, einen verbilligten Telefonanschluß zu bekommen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

- | | |
|---|---|
| 97. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CS) | Wie beurteilt die Bundesregierung und wie wird sie den von Bundesminister Dr. Haack auf der Betriebsrätekonzferenz der „Neuen Heimat“ gemachten Vorschlag verwirklichen, „den Ankauf von Belegungsrechten auf frei finanzierte Wohnungen durch Städte und Gemeinden zu erproben“? |
| 98. Abgeordneter
Landré
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihres Energiesparprogramms auch den Einbau von wärmedämmenden Rolläden zu unterstützen? |
| 99. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Inwieweit hat das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau das Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ausgewertet, und welche politischen Konsequenzen sind daraus gezogen worden? |
| 100. Abgeordneter
Paterna
(SPD) | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung, vor allem im Bereich der Substitution von Öl durch Fernwärme sowie zur Verbindlichmachung von örtlichen Konzepten zur Versorgung mit Energie, im Bereich der Raumordnung und des Städtebaus stärker Rechnung zu tragen? |
| 101. Abgeordneter
Paterna
(SPD) | Gibt es im geltenden Raumordnungs- und Baurecht Hindernisse für die Einführung solcher Versorgungskonzepte? |
| 102. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt (Meldung in der Saarbrücker Zeitung vom 15. November 1979), daß der verantwortliche Beamte für die Standortwahl französischer Kernkraftwerke, Tanneguy le Merchal, am 13. November 1979 im Hinblick auf den in unmittelbarer Nachbarschaft zur deutschen Staatsgrenze gewählten und damit einen Großteil möglicher Auswirkungen eines Kraftwerkes auf deutsches Gebiet verschiebenden Standort Cattenom |

- erklärt haben soll, die französische Regierung wähle ihre Kernkraftwerksstandorte danach aus, wo sie den geringsten politischen Widerstand erwarte, und wenn ja, darf daraus geschlossen werden, daß die Bundesregierung der Standortwahl keinen hinreichenden Widerstand entgegengesetzt hat?
103. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten hat nach Auffassung der Bundesregierung die deutsche Bevölkerung im Obermoselraum, ihre Interessen an der Einhaltung angemessener Sicherheitsbestimmungen und der Verhinderung einer unzulässigen Aufheizung der Mosel vor und bei dem Bau eines Kernkraftwerkes in Cattenom zu wahren, und mit welcher Unterstützung durch die Bundesregierung kann sie rechnen?
104. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Meldungen in der Presse (z. B. „Saarbrücker Zeitung“ vom 15. November 1979 und die „Welt“ vom 16. November 1979) bestätigen, daß entgegen einer in der deutsch-französischen Arbeitsgruppe „Standortfragen“ gegebenen Auskunft in Cattenom anstatt zwei 1 300 Megawatt-Blöcken auf Grund einer Entscheidung des französischen Ministerrates nunmehr 4 Blöcke gebaut werden sollen?
105. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung angesichts der Erklärung des französischen Betreibers EDF zum Bau des Kernkraftwerkes Cattenom (Antrag auf „déclaration d'utilité publique“), in der u. a. die Standortentscheidung für Cattenom damit begründet wird, eventuelle Umweltbelastungen würden die Stadt Thionville (Diedenhofen) nicht treffen, unternommen, damit eventuelle Umweltbelastungen oder Störfallauswirkungen nicht die deutsche Bevölkerung treffen, und mit welchen Ergebnissen?
106. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem sog. „Stolbergurteil“ des Oberverwaltungsgerichtes Münster (Urteil vom 5. September 1979 — III A 2240/78), mit welchem die bisherige Rechtsprechung zur Verteilungsregelung in Erschließungsbeitragsatzungen aufgegeben wurde?
107. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die insbesondere vom Deutschen Städte- und Gemeindebund erneut vorgetragene Ansicht, zur Behebung der Rechtsunsicherheit auf dem Gebiet des Erschließungsbeitragsrechts sei die gesetzliche Regelung der Verteilung des Erschließungsaufwandes in § 131 des Bundesbaugesetzes erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

108. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die DDR-Behörden die Einreise in die DDR mit Zweirädern verweigern, und wenn ja, seit wann ist dies der Fall?
109. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)
- Welche vertraglichen Grundlagen gibt es überhaupt für die Einreise in die DDR mit Zweirädern?

110. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Artikel 9 des Grundlagenvertrages den Deutschlandvertrag unberührt sowie rechtlich und politisch voll wirksam läßt und daß die DDR dies ausdrücklich im Grundlagenvertrag hingenommen hat?
111. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Kosten für eine mögliche Salzlaugen-Pipeline vom Werra-Gebiet in die Nordsee zur Entlastung von Werra und Weser von den in der DDR eingeleiteten Salzabfällen vom Verursacher, d. h. der DDR, zu tragen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

112. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung den Vorschlag von Bundesminister Dr. Hauff, die Errichtung von Klimaanlage an eine staatliche Genehmigung zu binden, weiter zu verfolgen, und falls ja, welche Einbau- und Betriebsbeschränkungen für raumlufttechnische Anlagen strebt sie an?
113. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit von Versuchen, aus zellulosehaltigen Rest- und Abfallstoffen der Biomasse (Altpapier, Getreidestroh sowie Abfall- und Durchforstungsholz) durch Hydrolyse zu Zucker und Weitervergärung Äthanol als Treibstoffzumischung und Treibstoffsubstitut zu gewinnen?
114. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, derartige Demonstrationsanlagen in revierfernen Gebieten ähnlich wie für Kohlevergasung und Kohleverflüssigung im Hinblick auf die Gewinnung von Alternativtreibstoff zu fördern?
115. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Erhebung einer Abwärmeabgabe von Kraftwerken, um den Ausbau von Fernwärmenetzen voranzutreiben?
116. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung Pyrolyse-Verfahren im Verhältnis zu anderen Verfahren der Müllbeseitigung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

117. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) In welcher Weise ist in den einzelnen Bundesländern in Verfolgung von § 18 des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vom 26. Januar 1976 in der Zwischenzeit die Nachdiplomierung geklärt?
118. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Inwieweit stimmen die im 3. Bericht nach § 35 BAFöG (Bundestagsdrucksache 8/2269) von der Bundesregierung erstellten Prognosen über die voraussichtliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten als Grundlage für die Berechnung der Elternfreibeträge im BAFöG mit der tatsächlichen Preisentwicklung bis heute und der geschätzten Entwicklung für 1980 überein?

119. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung angesichts der schon in 1979 festzustellenden und von ihr nicht erwarteten Preissteigerung die während der Beratung der 6. Novelle von der CDU/CSU-Fraktion erhobene Forderung nach höheren Freibeträgen nunmehr für gerechtfertigt, und wie beabsichtigt sie, der Entwicklung der Preissteigerungsrate im BAFöG Rechnung zu tragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

120. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es zu- trifft, daß in der Bundesrepublik Deutschland je Steuerzahler rund 150 DM per anno in EG-Agrar- subventionen gezahlt werden, hingegen lediglich 22 Pfennig für die Gesamtaufgaben des Europarats?
121. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD)
- Womit begründet die Bundesregierung gegebenen- falls ihre Zustimmung zur weiteren Reduzierung der Finanzmittel für die vielfältigen Aufgaben des Europarats für das Jahr 1980?
122. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Bedeutung als Instrument einer verfassungs- konformen Interpretation der Ostverträge mißt die Bundesregierung der gemeinsamen Entschließung des Bundestages vom 17. Mai 1972 zu?
123. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Treffen nach Information der Bundesregierung die Vorwürfe des nicaraguanischen Geheimdienst- leiters Hugo Torres zu, wonach der scheidende Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nicaragua, Hans-Ulrich Meyer-Lindemann, einen deutschen Söldner des gestürzten Somoza-Regimes dabei unterstützt hat, das Land heimlich zu ver- lassen, und welche Konsequenzen hat die Bundes- regierung gegebenenfalls daraus gezogen?
124. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat die Regierung der Volksrepublik Polen auf amt- lichem Wege Vorstellungen gegen das neue Umsatz- steuergesetz auf der Grundlage der Argumente des Artikels der offiziellen TRYBUNA LUDU vom 13. November 1979 (BPA-Ostinformationen vom 13. November 1979) erhoben und bejahendenfalls, mit welcher Begründung ist die Bundesregierung polnischen Vorwürfen wegen „revisionistischer Formeln im Umsatzsteuergesetz“, „rechtlicher Ag- gression“ und fehlender „vertraglicher Glaubwürdig- keit der Bundesrepublik Deutschland“ sowie „pseudorechtlicher Forderungen“ wegen „angeb- licher Offenhaltung der Deutschen Frage“ ent- gegengetreten?
125. Abgeordnete
Frau
Simonis
(SPD)
- Treffen Berichte zu, daß der Dirigent der Berliner Philharmoniker trotz einer Gage von 30 000 DM pro Abend, die ihm das Auswärtige Amt anläßlich einer Konzertreise in die VR China gezahlt hat, durch sein Verhalten die chinesischen Gastgeber so brüskiert hat, daß nur mit Mühe Irritationen ver- mieden werden konnten, und wie kann die Bundes- regierung in Zukunft sicherstellen, daß bei solchen Reisen die verpflichteten Künstler, deren Auftreten ja der Darstellung deutscher Kunst und Kultur im Ausland dienen soll, ein nicht über das üblicher- weise tolerierte Maß von Exzentrität hinausgehen- des Verhalten zeigen?

126. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die deutschen Auslandsvertretungen anlässlich der Goodwill-Tournée der „Big-Band“ der Bundeswehr durch die Vereinigten Staaten im Frühjahr dieses Jahres keine offizielle Ankündigung zur Vorbereitung des Konzerts erhalten haben?
127. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß das Auswärtige Amt in Anbetracht eines beträchtlichen materiellen Aufwands für die Goodwill-Tournée die Nichtunterrichtung der zuständigen Auslandsmissionen, wodurch die Erfolgsaussichten des Gastspiels erheblich gemindert wurden, für vertretbar hält?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) | An welche Maßnahmen und Überlegungen denkt der Bundeskanzler, wenn er davon spricht, daß man im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Rundfunkwesens im Norddeutschen Raum „nicht nur mit Reden“ vorgehen müsse? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|--|---|
| 2. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) | Hat die Bundesregierung zur Kenntnis genommen, daß die holländische und die belgische Regierung ihre jeweiligen Kulturabkommen mit der südafrikanischen Regierung außer Kraft gesetzt haben, um damit gegen die zunehmend schärferen Unterdrückungsmaßnahmen der Minderheitsregierung gegen oppositionelle Gruppen und Vereinigungen zu protestieren? |
| 3. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) | Wann wird die Bundesregierung, da eine „freundschaftliche Zusammenarbeit“ (Präambel des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens aus dem Jahr 1963) offenbar nicht mehr mit der Südafrikanischen Union möglich ist, das Kulturabkommen kündigen? |
| 4. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Dr. H. Kissinger, die wirtschaftliche Potenz des Westens für die Einforderung politischer Ziele vom Ostblock seitens des Westens zu nutzen und daß dies seitens der NATO-Staaten in ungenügendem Maße geschieht? |
| 5. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko genutzt, um zu klären, auf welchem Weg der sowjetische Kanu-Olympiasieger Tschessiunias die Bundesrepublik Deutschland verlassen hat, und wenn ja, mit welchem Ergebnis? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|---|--|
| 6. Abgeordneter
Dr. Müller-
Emmert
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmenden Beschwerden von Sportlern — z. B. in den vom Bund geförderten Leistungskadern — über eine unzureichende Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in den Sportorganisationen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen ihrer Sportpolitik und im Zusammenwirken mit den Sportorganisationen darauf hinzuwirken, daß insbesondere im Leistungssportbereich mehr demokratische Mitbestimmung und Mitverantwortung der Sportler verwirklicht werden? |
|---|--|

7. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen um eine verstärkte demokratische Mitbestimmung und Mitverantwortung der Sportler — insbesondere der Leistungssportler — in den Sportorganisationen dadurch zu unterstützen, daß sie in den Bewilligungsrichtlinien für Sportförderungsmittel des Bundes — ähnlich wie im Bundesjugendplan — eine entsprechende Ergänzung vornimmt?
8. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch eine Gesetzesinitiative der gegenwärtig teilweise zu beobachtenden Praxis von Behörden entgegenzuwirken, Flächen für geplante Straßen und Autobahnen durch Flurbereinigungsverfahren sicherzustellen, obwohl die einzelnen Straßenbauvorhaben noch keineswegs realisierungsreif sind, keine Bürgerbeteiligung stattgefunden hat und den Straßenplanungen noch nicht von den zuständigen Kommunalparlamenten zugestimmt wurde?
9. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung in Anbetracht der unzureichenden Berücksichtigung des Natur- und Umweltschutzes bei der Durchführung von Flurbereinigungsverfahren eine kritische Überprüfung der bisherigen bundesrechtlichen Naturschutzregelungen für notwendig, besonders unter dem Aspekt, daß die verstärkte Berücksichtigung von Naturschutz und Landschaftspflege durch die Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes im Jahr 1976 bisher noch nicht zu einer Änderung der Vorgehensweise der Flurbereinigungsbehörden geführt hat und angesichts wachsender Umweltbelastungen dem ländlichen Raum im erhöhten Maße die Funktion eines ökologischen Ausgleichsraums sowie eines Erholungs- und Freizeitgestaltungsraums zukommt?
10. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wie wird sich die Bundesregierung um die Schaffung bundeseinheitlicher Grundsätze zur Flurbereinigung bemühen?
11. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung durch eine Gesetzesinitiative durchzusetzen versuchen, daß die zuständige Flurbereinigungsbehörde vor der Anordnung eines Flurbereinigungsverfahrens eine Kosten Nutzen-Analyse vorliegen muß, die eine Untersuchung von kostengünstigeren Möglichkeiten (z. B. gründliche Entsandung der Wasserläufe) umfaßt und mit der überflüssige Kostenbelastungen des Steuerzahlers vermieden werden können?
12. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Wäre der zweite Entwurf des Internationalen Wärmelastplans Mosel hinfällig, wenn diese Meldung zutreffen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
13. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Plant die Bundesregierung gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der Verwendung von Blechdosen als Verpackung?
14. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP)
- Hält es die Bundesregierung angesichts der von den Weißblecherzeugern gegebenen Abnahmegarantie für die im Hausmüll anfallenden alten Blechdosen für sinnvoll, diesen Blechdosenabfall, wie es in vielen Gemeinden und Städten schon beim Altglas geschieht, in Containern separat vom Hausmüll sammeln zu lassen, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls diese umweltpolitisch begründenswerte Maßnahme zu unterstützen?

- | | |
|--|--|
| 15. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) | Wie viele Stiftungen des öffentlichen Rechts des Bundes gibt es in der Bundesrepublik Deutschland? |
| 16. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) | Wie hoch ist jeweils das Stiftungsvermögen (untergliedert nach Millionen, z. B. bis eine Million, zwischen einer und zwei Millionen und höher)? |
| 17. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) | Wie berichten die Stiftungen über ihre Arbeit? |
| 18. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) | Sind der Bundesregierung neuere Meßwerte als die aus dem Jahr 1975 über die Wasserqualität des Krückau-Unterlaufs im Kreis Pinneberg (Bundeswasserstraße 1. Ordnung) bekannt, und wenn ja, welche? |
| 19. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, zur Anhebung der Wasserqualität in diesem Raum im allgemeinen und zur Verbesserung der Schiffbarkeit bis Elmshorn und zur Entlastung der Stadt Elmshorn von laufenden Schlammabgängen im Hafengebiet im besonderen eine Grundreinigung des Krückau-Unterlaufs durchzuführen? |
| 20. Abgeordneter
Engelhard
(FDP) | Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die Möglichkeit des direkten Zugriffs des Verfassungsschutzes auf das Polizeiformationssystem INPOL zu beseitigen? |
| 21. Abgeordneter
Engelhard
(FDP) | Wie beurteilt die Bundesregierung die neuerdings geäußerte Sorge (vgl. Frankfurter Rundschau vom 14. November 1979, Seite 14), der maschinelle Personalausweis werde als Ersatz für das nicht-eingeführte Personenkennzeichen dienen? |
| 22. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung die von der deutschen Kraftwerkswirtschaft getroffene Feststellung bestätigen, daß die Kritikpunkte des Kemeny-Berichts für deutsche Verhältnisse nicht zutreffen und eine dem Three-Mile-Island-Ereignis analoge Störfalleinleitung zu keinen unkontrollierten Betriebszuständen in deutschen Reaktoren geführt hätte? |
| 23. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Können die Ergebnisse des Kemeny-Berichts weitere Standorteinschränkungen in der Bundesrepublik Deutschland rechtfertigen, oder gleichen die umfangreichen zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen in deutschen Kernkraftwerken das mit der höheren deutschen Bevölkerungsdichte einhergehende Gefahrepotential im Vergleich mit den USA aus? |
| 24. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß Sender des Bundesrechts, u. a. auch die Deutsche Welle, in manchen Sendungen, z. B. in der nach Afghanistan, ein Kürzel für die Bundesrepublik Deutschland benutzen, obwohl zwischen Bund und Ländern darüber Einvernehmen besteht, das Kürzel BRD nicht zu benutzen? |

25. Abgeordneter
Dr. Sterken
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, mit den Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland über die Einführung von Plaketten für Pendler zu verhandeln, um für die täglichen Grenzgänger die Wartezeiten zu verkürzen und die Kontrollen zu erleichtern?
26. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. November 1979 veröffentlichte Reuter-Meldung, daß sich durch eine weitere Zerstörung der Ozonschicht durch Sprühdosen-Treibgase um die Jahrhundertwende eine Hautkrebs-Epidemie ereignen könnte, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Prognose?
27. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) Welche mittelfristigen Zielprojektionen quantitativer Art verfolgt die Bundesregierung beim Ausbau der Bindungen Berlin-Bund durch Ausbau der Personalstellen der in Berlin residierenden Bundesbehörden?
28. Abgeordneter
Bahner
(CDU/CSU) Wird die vor einigen Jahren erarbeitete Zielprojektion, das Umweltbundesamt in Berlin besonders zügig auf die Zahl von ca. 850 Planstellen zu bringen, von der Bundesregierung noch getragen, und wann wird sie gegebenenfalls realisiert sein?
29. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, nachdem sich dieser Tage erneut ein Schiffsunglück auf dem Rhein bei Iffezheim ereignet hat, bei dem rund 20 000 l Öl ausgelaufen sind, das Land Baden-Württemberg bei der Beschaffung geeigneter Ölsaugschiffe zu beraten und zu unterstützen, damit die örtlichen Feuerwehren in den Rheingemeinden wirksamer und schneller helfen können?
30. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich sichergestellt werden, daß von Ministern als Dienstvorgesetzten zu erteilende Aussagegenehmigungen nicht aus ungerechtfertigten Gründen verweigert werden?
31. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen auf das Rechtsbewußtsein — und insbesondere auf die Opfer von Gewalttaten — wenn kriminelles Unrecht infolge einer verweigerten Aussagegenehmigung ungesühnt bleibt?
32. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wann ist der Bundesminister davon unterrichtet worden, daß dem Bundesamt für Verfassungsschutz seit Februar 1971 ein Bericht zweier Verfassungsschutzbeamten vorliegt, die Augenzeugen der Personenkontrolle am 10. Februar 1971 waren, bei der Frau Astrid Proll angeblich auf einen Kriminalbeamten und einen Berliner Verfassungsschützer geschossen haben soll, und die nach diesem Bericht von einem Schußwechsel nichts gesehen und nichts gehört haben (Die Zeit, 16. November 1979, Seite 2), und wann haben der Generalbundesanwalt und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz erstmalig von diesem Bericht erfahren?
33. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Wer ist dafür verantwortlich, daß dieser Bericht acht Jahre lang zurückgehalten wurde und damit eine frühzeitige Aufklärung des Tatvorwurfs „Mordversuch“ unterblieben ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

34. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die einschlägigen Bestimmungen der Familienrechtsreform für überprüfungsbedürftig, nachdem das Oberlandesgericht Köln als letzte Instanz mit Beschluß vom 2. Oktober 1979 (Az. 4 UF 17/79) einer mit einem anderen Manne zusammenlebenden voll berufstätigen Ehefrau einen Teil des Nettoeinkommens des verlassenen Ehemanns zuerkannt hat, ohne deren Bedürftigkeit zu prüfen?
35. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gegebenenfalls durch Vorlage eines Entwurfs neuer gesetzlicher Bestimmungen bereit, darauf hinzuwirken, solche gerichtlichen Entscheidungen für die Zukunft zu verhindern, die im Ergebnis den mit einem anderen Mann zusammenlebenden Frauen Wohlstand gewähren, während sie den verlassenen Ehemann bis zum Offenbarungseid bringen?
36. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß bei zu lebenslangen Freiheitsstrafen Verurteilten eine Gleichbehandlung in Bezug auf die Begnadigungspraxis im ganzen Bundesgebiet durchgesetzt wird?
37. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wie viele strafrechtliche Ermittlungsverfahren auf Grund der §§ 218, 218 b, 219, 219 a sind seit dem Inkrafttreten des 5. Gesetzes zur Reform des Strafrechts eingeleitet worden, und in wie vielen ist eine erstinstanzliche Verurteilung erfolgt?
38. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Gehört zu den Hilfen, über welche eine schwangere Frau nach § 218 b zu beraten ist, nach Auffassung der Bundesregierung auch die Möglichkeit der Adoption des Kindes durch adoptionswillige Personen, und wie ist bejahendenfalls nach den Erkenntnissen der Bundesregierung sichergestellt, daß die Beratungsstellen hierüber auch tatsächlich informieren und beraten?
39. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, daß die Gerichte die durch die Familienrechtsreform beseitigte geschlechtsbezogene Aufgabenverteilung wieder einführen, indem sie — wie dem Spiegel vom 10. September 1979, Seite 70, zu entnehmen ist — in 94 von 100 Fällen den Müttern das Sorgerecht zuerkennen, selbst entgegen psychologischer Gutachten, und wenn ja, hält sie gesetzgeberische Korrekturen für notwendig?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

40. Abgeordneter
Gattermann
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die kosten- und arbeitsintensiven Mühen eigennutzender Hauseigentümer bei der Gestaltung und Pflege von Haus- und Ziergärten einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung des Wohnumfeldes und zum Umweltschutz (jeder gepflanzte Baum verbessert die Qualität der Luft) darstellen, und ist sie gegebenenfalls bereit, das Erforderliche in die Wege zu leiten, um sicherzustellen, daß die insoweit aufgewendeten Kosten steuerlich nicht länger als Kosten der privaten Lebenshaltung gewertet werden?

- | | |
|---|--|
| 41. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) | Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung zum Ausgleich für das geplante Steuerentlastungspaket eine erneute Anhebung der Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1981 in Erwägung zieht? |
| 42. Abgeordneter
Dr. Kreile
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie in den anderen Mitgliedstaaten die Erstattung der deutschen Auftraggebern in Rechnung gestellten ausländischen Umsatzsteuer entsprechend Artikel 17 Abs. 4 der 6. Umsatzsteuer-Richtlinie der EG vom 17. Mai 1977 geregelt ist? |
| 43. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) | Wie hoch war das Bruttosozialprodukt im Jahre 1913 im damaligen Gebiet des Deutschen Reiches (gegebenenfalls Schätzung)? |
| 44. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung die Höhe des Weihnachtsfreibetrags — auch unter Berücksichtigung der beabsichtigten Erhöhung — für ausreichend, um die mit der Zahlung des Weihnachtsgeldes verbundene außerordentlich progressive Lohnsteuerbelastung zu mildern? |
| 45. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung die österreichische Regelung bekannt, die in einem dem unseren verwandten Einkommensteuerrecht für derartige Zahlungen eine steuerliche Begünstigung mit einer familienfreundlichen Ausgestaltung vorsieht, und zieht sie gegebenenfalls die Übernahme dieser Regelung in Betracht? |
| 46. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Inwieweit hat das Bundesfinanzministerium das Gutachten der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel ausgewertet, und welche politischen Konsequenzen sind daraus gezogen worden? |
| 47. Abgeordneter
Frau
Matthäus-Maier
(FDP) | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Lohnsteuer-Jahresausgleichsanträge auf der Basis maschinell verwertbarer Datenträger zu bearbeiten, die — gegebenenfalls unter Verwendung der Programme der Oberfinanzdirektionen — von Lohnsteuerhilfvereinen und Steuerberatern bei den Finanzämtern einzureichen wären? |
| 48. Abgeordnete
Frau
Matthäus-Maier
(FDP) | Wäre die Bundesregierung bereit, in die gegenwärtig von ihr erarbeitete „Verordnung über die Abgabe von Steueranmeldungen auf maschinell verwertbaren Datenträgern (StADV)“ den Lohnsteuer-Jahresausgleich entsprechend einzubeziehen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- | | |
|--|--|
| 49. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) | Wie hoch war der Schuldenstand des Deutschen Reiches zum Jahresende 1913? |
| 50. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | Welchen materiellen Vorteil haben die an den kriminellen Geschäften im innerdeutschen Handel, die Gegenstand der Strafprozesse in Hof/Saale waren, beteiligten DDR-Firmen insgesamt aus diesen Geschäften gezogen, und welcher Schaden durch Hinterziehung von Zöllen und Steuern ist dem Fiskus in der Bundesrepublik Deutschland nach den bisherigen Erkenntnissen der Bundesregierung insgesamt entstanden? |

51. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Treffen Presseberichte zu (Schwäbische Zeitung vom 20. November 1979), wonach nicht nur untergeordnete Angehörige der in der DDR beteiligten volkseigenen Betriebe, sondern auch „höhere Etagen“ bei den kriminellen Geschäften beteiligt waren, und was hat die Bundesregierung unternommen, um die DDR-Regierung dazu zu veranlassen, solche Geschäfte künftig zu unterbinden?
52. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten angesichts des derzeitigen Versorgungsengpasses im mittelbadi-schen Bereich auf die Lieferanten von Briketts, so z. B. auf die Rheinbraunhandels-ges. mbH Köln, dahingehend Einfluß zu nehmen, daß diese in reichlicherem Maße Briketts als Hausbrand liefern, als dies gegenwärtig der Fall ist, um so mit heimischen Brennstoffvorräten wirksame Hilfe zur Öleinsparung zu leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

53. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Für welche Zwecke und Empfänger hat die Bundesregierung die 1979 erstmals zur Verfügung stehenden „Zuweisungen zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlicher repräsentativer Bedeutung“ vergeben?
54. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob und in welchem Umfang Kühe aus sogenannten biologisch-dynamischen Betrieben mehr oder weniger Milch geben als in üblichen Milchviehhaltungen?
55. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Welche Initiativen zu Vereinbarungen nach Art des Washingtoner Artenschutzabkommens und dergleichen hat die Bundesregierung in den letzten Jahren ergriffen?
56. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob tatsächlich kein Rückgang der Importe gefährdeter Tierarten nach Deutschland stattgefunden hat, wie namens der Nautrschutzverbände kritisiert wurde?
57. Abgeordneter
Müller
(Bayreuth)
(SPD)
- Wie stellt die Bundesregierung sicher, daß in Beachtung des § 9 Abs. 2 des Tierschutzgesetzes bei Tierversuchen die vorgeschriebenen Aufzeichnungen gemacht und durch die zuständigen Behörden auch tatsächlich überprüft werden, und wie gedenkt sie eine bundeseinheitliche statistische Erfassung von Tierversuchen zu gewährleisten, damit die in der Bundesrepublik Deutschland auf jährlich 10–14 Millionen geschätzten Tierversuche kontinuierlich auf das unumgängliche Maß so schnell wie möglich zurückgeführt werden können?
58. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung noch kein Importverbot für gefährdete Tiere erlassen, zu denen u. a. Bartgeier aus Südosteuropa, Wanderfalken aus Spanien und Sizilien, Störche aus Bulgarien und seltenste Papageien gehören, und wann wird sie die Grenzen für diese Importe schließen?

59. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, dem Vorschlag der Deutschen Naturschutzverbände zu folgen und, so, wie z. B. Großbritannien, auf den zentralen Flughäfen Biologen beim Zoll einzusetzen, um die Einfuhr geschützter Tiere zu verhindern?
60. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie vielen Vollarbeitskräften sichert das derzeit in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt erwirtschaftete landwirtschaftliche Reineinkommen (Gewinn) ein adäquates bzw. paritätisches Einkommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

61. Abgeordneter
Hölscher
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auch der Einsatz des wehrpflichtigen Bürgers im Zivildienst bei Beendigung des Zivildienstverhältnisses Anerkennung finden sollte, und ist sie bereit zu veranlassen, daß die Zivildienstverwaltung entsprechend verfährt?
62. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) In wieviel Fällen leistet die Arbeitslosenversicherung Zahlungen an ausländische Arbeitnehmer im Ausland, und weshalb erscheinen diese Fälle nicht in der amtlichen Arbeitslosenstatistik?
63. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang Empfangsberechtigten von Kindergeld dadurch Leistungen entgehen, daß die Zahlung des Kindergeldes mit Ablauf des 18. Lebensjahrs automatisch eingestellt wird und eine rechtzeitige Antragstellung auf Fortzahlung wegen weiterer Ausbildung versehentlich nicht erfolgt?
64. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es nicht für angebracht, bei dem erreichten Stand der Automation die Betroffenen auf den Ablauf der Frist und auf die sich daraus ergebenden Verlustmöglichkeiten besonders hinzuweisen?
65. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Wie drückt sich zahlenmäßig die Erfahrung mit der geltenden Ausgleichsabgabeverordnung zur Durchführung des Schwerbehindertengesetzes auf die Arbeits- und Ausbildungsplatzsituation von Schwerbehinderten in Baden-Württemberg im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet aus, und könnte sich nach Meinung der Bundesregierung eine Anhebung der derzeit geltenden Abgleichsabgabe positiv auf die Beschäftigungssituation von Schwerbehinderten auswirken?
66. Abgeordneter
Bindig
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls hier initiativ zu werden?
67. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Ist auch nach Meinung der Bundesregierung keine Gesetzesänderung nötig, um in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen, daß alle Schwerbehinderten am Nahverkehr kostenfrei teilnehmen können?
68. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Genügt für die Sicherstellung dieser Kostenfreiheit auf allen in Betracht kommenden Strecken der Deutschen Bundesbahn eine bloße Vereinbarung mit der Deutschen Bundesbahn?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

69. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Sind der Bundesregierung Klagen über die Durchführung der Zentralen Dienstvorschrift 20/6, insbesondere der Kapitel Personalgespräch, langfristige Verwendungsplanung sowie Stellenausschreibung, bekannt, und wenn ja, welche Personalführungsmaßnahmen sind inzwischen getroffen worden bzw. werden getroffen, um die volle Anwendung der 20/6 sicherzustellen?
70. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist es üblich, daß Wehrdienstbeschädigungsverfahren in der Bundeswehr 1 1/2 Jahre dauern, und wäre es möglich, darauf hinzuwirken, daß der Bearbeitungsweg dadurch verkürzt wird, daß die Versorgungsverwaltung im Rahmen des Verfahrens nicht zur Zustimmung gehört werden muß sondern nach Abschluß des Verfahrens erst mit dem Vollzug beauftragt wird?
71. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ehemalige Soldaten, die infolge einer Wehrdienstbeschädigung aus der Bundeswehr entlassen werden müssen, und für die damit zusammenhängenden Beschwerden oder Gebrechen die freie Heilfürsorge der Bundeswehr behalten, wegen des dazu eingeführten Bundesbehandlungsscheins (eine Art Krankenschein) bei allen Kassenärzten behandelt werden können, nicht aber ohne eine zusätzliche Facharztüberweisung in den Sanitätseinrichtungen der Bundeswehr?
72. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung verbindlich zusagen, daß in Kempten/Allgäu ab 1. Juli 1980 ein Sanitätszentrum zur Verfügung steht oder so zügig eingerichtet wird, daß es innerhalb einer zumutbaren Frist seinen Betrieb aufnehmen kann?
73. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß dieses Sanitätszentrum auf Dauer seine Aufgabe erfüllen wird, oder plant die Bundesregierung hier nur eine vorübergehende Lösung?
74. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) In welchem Umfang steht dieses Sanitätszentrum gegebenenfalls auch für die Versorgung der Zivilbevölkerung zur Verfügung?
75. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nachstehend aufgeführten Informationshefte, die das Bundesministerium der Verteidigung herausgibt, unterschiedliche Zahlen über den Personalumfang der bewaffneten Kräfte der DDR nennen: „Die bewaffneten Organe der DDR“ (Nachdruck aus Heft 9/76 der „Information für die Truppe“), Nationale Volksarmee = 165 000, Kampfgruppen der Arbeiterklasse = 400 000; „Die DDR“ (Schriftenreihe Innere Führung, Heft 4/1979), Nationale Volksarmee = 157 000, Kampfgruppen der Arbeiterklasse = 350 000, und worin finden diese widersprüchlichen Angaben ihre Begründung?
76. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Auf wessen Einladung hält der englische Historiker David Irving Vorträge vor Verbänden der Bundeswehr?

- | | |
|--|--|
| 77. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Gedenkt der Bundesminister der Verteidigung die von der Wehrpflichtigentagung des Deutschen Bundeswehrverbandes vom 16./17. November 1979 angeregte Untersuchung zur Freizeitproblematik wehrpflichtiger Soldaten durchzuführen? |
| 78. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) | Wann werden sämtliche Bundesbehörden einschließlich der Garnisonen der Bundeswehr mit Bildern des Herrn Bundespräsidenten ausgestattet sein, der bereits seit nahezu einem halben Jahr von der Deutschen Bundesversammlung zum deutschen Bundespräsidenten gewählt worden ist und seit dem 1. Juli 1979 sein Amt angetreten hat, und warum sind hierbei bisher Verzögerungen eingetreten? |
| 79. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, neu versetzten Soldaten, denen sie durch die jeweilige Standortverwaltung eine Wohnung zuweist, die dann aber nicht den familiären Erfordernissen des Soldaten entspricht, aus Rücksicht auf die Fürsorge für den Soldaten diesen nicht sofort nach drei Monaten das Trennungsgeld zu streichen, sondern diese Frist so auszudehnen, daß dies dem angemessenen Zeitraum entspricht, wie er sich aus der besonderen Wohnungsmarktlage im neuen Standort ergibt? |
| 80. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) | Welche positiven bzw. negativen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung seit Einführung der Fortbildungsstufe A vor, und welche Auswirkung hat die Fortbildungsstufe A für die Neigung zur Weiterverpflichtung der Unteroffiziere ergeben? |
| 81. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU) | Wann plant die Bundesregierung eine Neubewertung der Dienststellen im Bereich der Bundeswehrverwaltung, zumal beispielsweise ein für ca. 550–600 Zivilbedienstete verantwortlicher Personalchef einer Standortverwaltung mit A 9/A 10 Bundesbesoldungsordnung eingestuft ist, während in den Kommunen vergleichsweise der gleiche Dienstposten entsprechend seinem Verantwortungsbereich mit A 11 und höher eingestuft ist? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|--|--|
| 82. Abgeordneter
Amling
(SPD) | Liegen der Bundesregierung neue Erkenntnisse vor über den Nitrosamingehalt im Bier, und gibt es deswegen gesundheitliche Bedenken gegen das Biertrinken? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|--|--|
| 83. Abgeordneter
Merker
(FDP) | Ist die Bundesregierung bereit, auf die Deutsche Bundesbahn einzuwirken, daß nach den guten Erfahrungen, die mit dem „Weiß-Blau-Express“ gemacht worden sind, im nächsten Jahr auf weiteren Strecken mit der Einrichtung des Autoreisezugverkehrs zu rechnen ist, und ist damit zu rechnen, daß weitere Angebote, insbesondere für Wohnanhänger, gemacht werden? |
|--|--|

84. Abgeordneter
Merker
(FDP) Sind der Bundesregierung Zahlen bekannt, in wieviel Fällen Bußgeldverfahren eingestellt werden müssen, weil es sich um eine Kennzeichenanzeige handelt und der Halter des Fahrzeugs von seinem Schweigerecht Gebrauch macht?
85. Abgeordneter
Merker
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Angaben der Landeshauptstadt Düsseldorf die Einstellungsquote des Amtsgerichts Düsseldorf zur Zeit bei ca. 90 v. H. liegt, und sieht sie hierin und in der sonstigen Verfahrenspraxis einen Anlaß, eine Initiative zur Änderung der einschlägigen Rechtsvorschriften zu ergreifen?
86. Abgeordneter
Merker
(FDP) Hält die Bundesregierung die gegenwärtige Praxis, die einseitig diejenigen begünstigt, die diese Gesetzeslücken kennen, für vereinbar mit dem Prinzip der „Rechtsgleichheit“, und welche Schritte wird sie gegebenenfalls unternehmen?
87. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Ausschluß von Eilzügen von der unentgeltlichen Benutzung durch Schwerbeschädigte im Nahverkehr dem Sinn des neugefaßten Schwerbehindertengesetzes zuwiderläuft, und ist die Bundesregierung bereit, für eine Regelung zu sorgen, damit die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten im Nahverkehr auch auf Eilzügen gilt?
88. Abgeordneter
Batz
(SPD) Welche Gründe waren für die Ablehnung der Zulassung der Staukranzdüse „Mileage Master“ durch das Kraftfahrtbundesamt maßgebend, obwohl, wie aus Presseberichten hervorgeht, die Benutzung dieser Staukranzdüse eine Benzineinsparung von bis zu 15 v. H. ermöglichen soll?
89. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wann sind die Prüfungen der Deutschen Bundesbahn abgeschlossen zu der Frage, ob auch denjenigen Schwerbehinderten die Freifahrt im Nahverkehr ermöglicht werden kann, wenn im Nahbereich dem Betroffenen keine Nahverkehrszüge oder nur in geringfügigem Umfang zur Verfügung stehen, so daß die Schwerbehinderten vorwiegend bzw. ausschließlich nur mit Eilzügen bedient werden können, und wird hiervon die Öffentlichkeit unterrichtet werden?
90. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf Grund der Aussage des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bundesbahn, Herrn Dr. Vaerst, in der letzten Verkehrsausschußsitzung, daß es Gebiete gebe, die im Nahbereich weder mit Nahverkehrszügen noch mit anderen Nahverkehrsmitteln, sondern ausschließlich oder vorwiegend mit Eilzügen bedient werden können, eine Novellierung des Schwerbehindertengesetzes in der Form einzuleiten, daß im Nahverkehrsbereich Schwerbehinderte ebenso Freifahrten bei Benutzung von Eilzügen erhalten, wenn nicht im ausreichenden Maß Nahverkehrszüge in der jeweiligen Region zur Verfügung stehen?
91. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Besteht noch die Möglichkeit, im Rahmen der Entscheidung des Deutschen Bundestages über die Fortschreibung des Bedarfsplans für den Bundesfernstraßenbau, den Ausbau der Bundesautobahn A 61 zwischen Kerpen und Jackerath als Westtrasse, also westlich von Kerpen, verlaufen zu lassen?

92. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung mit dem Sinn und Zweck des am 1. Oktober 1979 in Kraft getretenen Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Nahverkehr für vereinbar, daß insbesondere in ländlichen bzw. dünn besiedelten Gebieten der berechnete Personenkreis dadurch gravierende Nachteile erleidet, daß die meisten der in Frage kommenden Züge nicht als Nahverkehrszüge gelten und außerdem durch ihre Streckenführung den 50 Kilometerbereich überschreiten?
93. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit — zur Vermeidung einer bürgerfernen schematischen Gesetzesanwendung — entsprechend den konkreten regionalen Bedürfnissen auch andere Zugverbindungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter zuzulassen, speziell auch im Kreis Herzogtum Lauenburg für den Verkehr aus Richtung Lauenburg, Mölln und Ratzeburg nach Lübeck, weil hier ein besonderes Verkehrsbedürfnis für die Schwerbehinderten besteht, die das zuständige Versorgungsamt in Lübeck häufig und zu vorgegebenen Terminen aufsuchen müssen?
94. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Wann ist mit der Beendigung des Baus der B 45 neu und der Verbindung mit der B 26 neu bei Dieburg zu rechnen?
95. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben den Weiterbau der B 45 neu solange verzögert, und hätten sie nicht früher ausgeräumt werden können?
96. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die Überlegungen zur Beseitigung des Bahnübergangs im Zuge der B 45 gediehen, nachdem das Bundesministerium für Verkehr mir am 9. November 1978 mitgeteilt hatte, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn gebeten werde, in Abstimmung mit der hessischen Straßenbauverwaltung ihrerseits die Maßnahme vordringlich voranzutreiben?
97. Abgeordneter
Picard
(CDU/CSU)
- Wie ist die Meinung des Bundesministeriums für Verkehr zu der in der Stadt Rodgau von einer kleinen Minderheit vertretenen Auffassung, die B 45 neu soll wieder von einer Autobahn zur Bundesstraße herabgestuft werden?
98. Abgeordneter
Pieróth
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, zur Verminderung von Fluglärm in Kur- und Erholungsgebieten auch den Luftraum der räumlich zusammenliegenden Bäderorte und Kurstädte Bad Kreuznach und Bad Münster am Stein-Ebernburg mit den dazugehörigen Erholungsgebieten zum „Gebiet mit Flugbeschränkung“ zu erklären?
99. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, ihre ablehnende Haltung zum Bau der A 48 (Dernbacher Dreieck — Gießen) noch einmal zu überprüfen, nachdem die Kreistage (zuletzt der Kreistag Altenkirchen) der Kreise, die nach wie vor unter einer unzureichenden Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz leiden und mehr und mehr in den Rang strukturgefährdeter Gebiete absinken, sich für die Vollendung dieser Verbindung mit aller Dringlichkeit ausgesprochen haben?

100. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit und gegebenenfalls wann ist damit zu rechnen, daß nach der Fertigstellung des beschränkten Ausbaus der Bundesstraße 62 zwischen Wissen/Sieg und der Kreuzung Roth (B 62/B 256) die noch bestehenden Engpässe im Verlauf der B 256 zwischen Wissen und Siegen beseitigt werden?
101. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, in Intercity- und TEE-Zügen der Deutschen Bundesbahn einen Radio- und wenn möglich auch Fernsehservice einzuführen, bei dem der Benutzer durch Inanspruchnahme eines individuellen Hörsystems Mitreisende nicht stört und eine angemessene Gebühr entrichtet?
102. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf das gefährliche Explosionsunglück in Mississauga (bei Toronto/Kanada) die einschlägige Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland, ist sichergestellt, daß die Sicherheitsvorkehrungen beim Transport gefährlicher Ladungen auf dem Schienweg eingehalten werden, und sind diese überhaupt ausreichend?
103. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Warum ist der Nichtbesitz einer nach § 7a StVZO geforderten Prüfbescheinigung in der Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften vom 6. November 1979, BGBl. I Nr. 65/1979, nicht ebenso wie das Nichtmitführen und das Nichtaushändigen dieser Prüfbescheinigung als Ordnungswidrigkeit aufgeführt, sodaß für den Polizeivollzugsdienst Unklarheiten bestehen, ob er bei Nichtbesitz Verwarnungen aussprechen oder Anzeigen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz (§§ 56 ff) erstatten soll, und ist die Bundesregierung bereit, notfalls für eine geeignete Klarstellung zu sorgen?
104. Abgeordneter
Dr. Vohrer
(FDP)
- Wieviele Fälle gibt es in der Bundesrepublik Deutschland, in welchen die Namen von Ortsteilen ohne Nennung der Gemeindennamen als postalische Bestimmungsorte zugelassen sind, und welche Gründe veranlassen die Deutsche Bundespost, in diesen Fällen auf ihre Forderung, daß nur Gemeindennamen als Bestimmungsorte zu verwenden sind, zu verzichten?
105. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
- Trifft es zu, daß beim CB-Band (11 Meter im 27 MHz-Bereich) mit nur zwölf Kanälen mit einer rasch zunehmenden Zahl von CB-Funkern empfindliche Engpässe auftreten, insbesondere in der Region München, und bis wann kann die Deutsche Bundespost die vor Monaten gegebene Zusage des Bundespostministers einlösen, den CB-Funkern mehr Kanäle zur Verfügung zu stellen?
106. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Deutsche Bundespost bei der geplanten Umstellung auf automatische Sortierung in den Briefabgangsstellen, Sonderlösungen durch kleinere Einheiten für extrem verkehrsferne Gebiete vorzusehen?
107. Abgeordneter
Dr. Warnke
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht der Bundespostminister bei einer Umstellung der Briefabgangsstellen auf automatische Sortierung, die Briefabgangsstelle in Hof zu erhalten und damit Verzögerungen bei der Postzustellung in Nordostoberfranken zu vermeiden?

108. Abgeordneter
Müller
(Bayreuth)
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, den Mißbrauch des CB-Funks — der manchmal durch Überreichweiten weltweit zu hören ist — für rechtsradikale Aktivitäten und tätliche Bedrohungen — z. B. gegen das jüdische Volk — zu verhindern, wie dies auf CB-Funkkanälen in der Stadt Bayreuth seit längerer Zeit geschieht?
109. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Beabsichtigt die Deutsche Bundespost dem Beispiel Belgiens und Österreichs zu folgen und versuchsweise neue Telefonautomaten zu installieren, die nicht mit Münzen, sondern durch Einschieben einer Scheckkarte (Phonocard) funktionieren, die bei den Postämtern verkauft werden könnten?
110. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Liegt das Ergebnis der Arbeitsgruppe für die künftige Landversorgung mittlerweile vor (Antwort der Bundesregierung auf meine Frage, Drucksache 8/2099 Frage 181), und welche Auswirkungen hat das Ergebnis auf den Regierungsbezirk Kassel, d. h. welche Poststellen in diesem Bereich sollen bis zu welchem Zeitpunkt aufgehoben werden?
111. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen hält die Deutsche Bundespost an ihrer 1972 getroffenen Entscheidung fest, das ausscheidende Personal im Postbegleitdienst nicht mehr zu ersetzen, obwohl diese Praxis zu einer Überforderung des verbleibenden Personals geführt hat, das seinen Dienst zu 76,7 v. H. in Nachtschichten leisten muß, was zu erheblichen gesundheitlichen und familiären Unzuträglichkeiten geführt hat?
112. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) In welchen Orten bzw. Stadtteilen der Landkreise Rastatt und Karlsruhe-Land sowie des Stadtkreises Baden-Baden ist der Einsatz sogenannter fahrbarer Postämter vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

113. Abgeordneter
Junghans
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, den Komplex Förderung von Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie, der am 1. Juli 1978 in das Wohnungsmodernisierungsgesetz aufgenommen wurde, auf Grund der seitherigen Verdoppelung des Preises für leichtes Heizöl dahin gehend zu ändern, daß die bei den heutigen Ölpreisen ohnehin rentablen Energiesparmaßnahmen aus dem Förderkatalog gestrichen und dadurch Mitnehmereffekte ausgeschlossen werden?
114. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß im Rahmenprogramm zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation im Bauwesen die Bereiche rechnerunterstütztes Konstruieren und Fertigen, die in der Vergangenheit unter großen Anstrengungen gefördert wurden, als selbständige Sparten nicht mehr weiter verfolgt werden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Gefahr besteht, daß eine weitere Verbreitung der neuen Techniken unterbleibt?
115. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) In welcher Weise wird die Bundesregierung Sorge tragen, daß das Antragsverfahren und die projektbegleitenden Maßnahmen für die Öffentlichkeit transparenter werden, damit sie für alle Mitbewerber und die ganze Fachwelt nachvollziehbar sind, und

ist der notwendige Verwaltungsaufwand gerechtfertigt, wenn absehbar ist, daß insgesamt vier Ministerien mit unterschiedlichen Verfahren die Anträge im Rahmen dieses Programms bearbeiten?

116. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)

Wie wird sichergestellt, daß die Erfahrungen, die durch die bisherigen projektbegleitenden Institutionen gewonnen wurden, wie zum Beispiel im Bereich der CAD durch KFK weiter verwendet werden können und für die administrative Abwicklung in Zukunft nicht weitgehendst ungenutzt bleiben?

117. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)

Ist der Bundesregierung der Beschluß oder die Absicht der französischen Ministerpräsidenten Barre und der französischen Minister Giraud (Industrie) und Barrot (Gesundheit) bekannt, die laut Pressemeldung der Saarbrücker Zeitung vom 16. November 1979 einen Ausbau des Kernkraftwerks Cattenom an der Mosel auf vier mal 1 300 MW vorsehen, und welche Schritte für Verhandlungen beabsichtigt die Bundesregierung?

118. Abgeordneter
Würtz
(SPD)

Sind der Bundesregierung Klagen über die zu geringe Dotierung der Zuschüsse im 4,35 Milliarden-Programm — so daß viele Anträge abgewiesen bzw. verzögert werden müssen — bekannt, und wenn ja, welche Maßnahmen gedenkt sie zur Verbesserung dieses Zustandes zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

119. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Unternehmen unter Ausnutzung der vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderten Projekte im Rahmen des Aktionsprogramms „Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens“ Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten ihrer Arbeitnehmer durchführen, und falls ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

120. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die „UN-Conference on New and Renewable Sources of Energy“ entsprechend vorzubereiten und als Tagungsort Hamburg durchzusetzen?

121. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)

An die Überprüfung welcher Sozialleistungen denkt die Bundesregierung konkret, wenn Bundesforschungsminister Dr. Hauff in einem Beitrag für die Stuttgarter Nachrichten vom 13. November 1979 unter der Überschrift „Die Sozialleistungen müssen wir neu überdenken“ fordert, „ein System der sozialen Sicherung durch staatliche Maßnahmen zu entwickeln, das trotz der Unterstützung durch die Gemeinschaft die Initiative des einzelnen nicht behindert, sondern sie fördert und unterstützt.“?

122. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit die Auffassung des Bundesministers Dr. Hauff, der unter Hinweis auf ein von ihm als „praktisch richtig“ erkanntes Thomas Mann-Zitat „Der Antikommunismus ist die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“ den Verfassungsfeinde-Erlaß des damaligen Bundeskanzlers Brandt und der Ministerpräsidenten der Länder als kein „Ruhmesblatt“ bezeichnete und in dieser Frage eine „radikale Kursänderung“ als „überfällig“ bezeichnete?
123. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung insbesondere die in Frageform gekleidete Auffassung des Bundesministers Dr. Hauff, der die rhetorische Frage stellt „Was schadet es beispielsweise unserem Staat, wenn ein Kommunist eine Lokomotive lenkt oder Briefe austrägt? Und ist es wirklich eine unerträgliche Belastung, wenn es einen Lehrer gibt, der sich als Kommunist versteht?“?
124. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Macht sich die Bundesregierung die Kritik des Bundesministers Dr. Hauff zu eigen, der trotz SPD/FDP-Koalition seit dem Jahre 1969 kritisiert, „die Bürger erfahren zunehmend, daß es für sie als einzelne zunehmend schwerer wird, in unserer Demokratie entscheidend in politische Prozesse einzugreifen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

125. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt, daß nach den Verwaltungsvorschriften zu § 7 Abs. 3 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes hinsichtlich der Förderungswürdigkeit von Studenten in numerus-clausus-Fächern danach unterschieden wird, ob diese Studenten während der Wartezeit eine nicht-akademische Berufsausbildung abgeschlossen oder wegen des Erhalts eines zwischenzeitlich zugewiesenen bzw. gerichtlich erstrittenen Studienplatzes nicht beendet haben, und wenn ja, warum?
126. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung entgegen diesen Verwaltungsvorschriften nicht vielmehr für wünschenswert, daß Studienbewerber in numerus-clausus-Fächern während der Wartezeit in einer fachbezogenen nicht-akademischen Ausbildung praktische Kenntnisse im Hinblick auf das angestrebte Berufsziel sammeln, ohne den Förderungsanspruch für den Studiengang zu verlieren, falls sie den angestrebten Studienplatz zufällig vor Beendigung dieser Ausbildung erhalten?
127. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung in den Richtlinien für die Studentenwohnraumförderung eine Erhöhung des förderungsfähigen Ansatzes von 21 000 DM je Wohneinheit, nachdem der Bundesrechnungshof bei der Überprüfung der Haushaltsrechnung für das Jahr 1977 festgestellt hat, daß die Bundeswehrverwaltung beim Bau eines Wachgebäudes mit Hundezwinguern je Hundeunterkunft 25 000 DM verausgabt hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

128. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Hat die Bundesregierung die Einstellung der deutschen Ausgabe der Zeitschrift „Forum – Vereinte Nationen, Zeitschrift für internationale Entwicklung“, die von der UNO in Genf herausgegeben wurde, verursacht, weil sie sich nicht imstande sah, die Bezuschussung weiterhin zu gewährleisten, wie im Forum Nr. 6 August/September 1979 festgestellt wird?
129. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, diese internationalen Entwicklungshilfeprojekte beschreibende Zeitschrift weiterhin zu unterstützen und für eine deutsche Ausgabe zu sorgen?

Bonn, den 23. November 1979